



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Müller

Telefon: (0221) 27549

Fax: (0221) 26570

E-Mail: petra-maria.mueller@stadt-koeln.de

Datum: 28.09.2017

Niederschrift

über die **28. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.09.2017, 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	(bis 19:11 Uhr, TOP 4.1)
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	(ab 19:07 Uhr, TOP 4.1)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	(bis 19:14 Uhr, nach TOP 4.1)
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	(bis 19:16 Uhr, nach TOP 4.1)
Herr Ralph Sterck	FDP	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Lino Hammer	GRÜNE	Vertreter von Frau von Bülow
Herr Peter Kron	SPD	Vertreter von Herrn Dr. Heinen (bis 19:07 Uhr) Vertreter von Herrn Börschel (ab 19:11 Uhr)
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	Vertreter von Frau Stahlhofen

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Frau Dagmar Dahmen
Herr Gregor Timmer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	vertreten durch Herrn Hammer
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	vertreten durch Herrn Weisenstein

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug	AfD
------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Praktikantinnen und Praktikanten, die im Rahmen ihres Jurastudiums gerade sechs Wochen die Stadtverwaltung Köln kennenlernen.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion die Linke: NO₂-Grenzwerte einhalten!
– Was bedeuten die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln?
AN//1274/2017
- 2.1.1 Akteneinsichten gem. § 55 Absatz 4 GO NRW
2710/2017
- 2.1.2 Silvester 2017 - Kulturelles Rahmenprogramm im Umfeld des Doms
2694/2017
- 2.1.3 "Nachhaltige Entwicklung sichern" als Querschnittsaufgabe
2687/2017
- 3.1 Antwort der Verwaltung
2813/2017
- 3.2 Antwort der Verwaltung
2799/2017
- 3.3 Antwort der Verwaltung
2807/2017

Der unter TOP 4.1 vorgelegte Dringlichkeitsantrag

- 4.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 07.09.2017: „Kein Moratorium der neuen Landesbauordnung“
AN/1263/2017

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD- Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 11.09.2017
AN/1286/2017

enthält eine Begründung der Dringlichkeit. Wortmeldungen gegen die Aufnahme in die Tagesordnung gibt es nicht.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung - Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin
2663/2017

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 NO₂-Grenzwerte einhalten! – Was bedeuten die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln?
AN/1274/2017

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Akteneinsichten gem. § 55 Absatz 4 GO NRW
2710/2017

2.1.2 Silvester 2017 - Kulturelles Rahmenprogramm im Umfeld des Doms
2694/2017

2.1.3 "Nachhaltige Entwicklung sichern" als Querschnittsaufgabe
2687/2017

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.04.2017
"Zukunft des RheinEnergieStadions"
AN/0570/2017

Antwort der Verwaltung
2813/2017

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.09.2017
"Weiteres Vorgehen Ausbau des RheinEnergieStadions"
AN/1260/2017

Antwort der Verwaltung
2799/2017

- 3.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.09.2017
"Abwahlkampagne von CDU, Grünen und FDP gegen die Beigeordnete
Laugwitz-Aulbach"
AN/1244/2017

Antwort der Verwaltung
2807/2017

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 07.09.2017 "Kein Moratorium der
neuen Landesbauordnung!"
AN/1263/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betreffend "Kein
Moratorium zur Bauordnung NRW"
AN/1286/2017

5 Dringlichkeitsentscheidungen

- 5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeord-
nung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.1.1 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kos-
tenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushalts-
satzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-
1202-0-0310, Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
2041/2017

- 5.1.2 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government
2337/2017

- 5.1.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im
Kernbereich Innenstadt am 08.10.2017
2641/2017

- 5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

- 6.1.1 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government
- 6.1.2 Aufnahme einer Grabstätte in die Liste der Gräber für verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger und Übernahme der Grabpflege durch die Stadt Köln
2325/2017

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

- 11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

- 12.1 Personalie
2539/2017

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung - Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin 2663/2017

Beschluss:

Der Hauptausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2014 – 2020 Frau Petra-Maria Müller zur Schriftführerin und Frau Birgit Schmitz zur stellvertretenden Schriftführerin des Hauptausschusses.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 NO2-Grenzwerte einhalten! – Was bedeuten die Ergebnisse des Dieselpipfels für Köln? AN/1274/2017

Herr Weisenstein begründet für die Fraktion die Linke den Antrag auf eine aktuelle Stunde. Nach eingehender Diskussion besteht Einigkeit, dass die Angelegenheit zur weiteren Behandlung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen werden soll.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Angelegenheit gem. § 5 Abs. 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Grün, den Verkehrsausschuss und in den Gesundheitsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Akteneinsichten gem. § 55 Absatz 4 GO NRW 2710/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.2 Silvester 2017 - Kulturelles Rahmenprogramm im Umfeld des Doms 2694/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.3 "Nachhaltige Entwicklung sichern" als Querschnittsaufgabe 2687/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Dahmen berichtet über eine Vereinbarung mit dem „Taxiruf Köln“, dass in der Bestell App für Kunden die Möglichkeit eingerichtet werde, bordellwerbungsfreie Taxen zu bestellen. Mit „My Taxi“ und „Taxi 17“ werden noch Verhandlungen geführt.

Frau Dahmen weist auf ein Genderseminar für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger hin. Die Einladung wurde an die Fraktionen übermittelt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.04.2017 "Zukunft des RheinEnergieStadions" AN/0570/2017

Herr Kron regt an, die beiden TOPs 3.1 und 3.2 gemeinsam zu behandeln. Er bedankt sich für die Antwort und fragt, ob es seitens der Stadt Köln konkrete Vorstellungen über den Fortgang des Verfahrens gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass auf der Grundlage der vorgestellten Machbarkeitsstudie Gespräche mit den Beteiligten geführt würden. Ziel sei der Verbleib des Stadions am derzeitigen Standort in Müngersdorf.

Antwort der Verwaltung 2813/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.09.2017 "Weiteres Vorgehen Ausbau des RheinEnergieStadions" AN/1260/2017

Die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 wurden gemeinsam behandelt.

Antwort der Verwaltung 2799/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.09.2017 "Abwahlkampagne von CDU, Grünen und FDP gegen die Beigeordnete Laugwitz-Aulbach" AN/1244/2017

Herr Börschel erklärt, er sei mit der vorgelegten Beantwortung nicht einverstanden.

**Antwort der Verwaltung
2807/2017**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 07.09.2017 "Kein Moratorium der neuen Landesbauordnung!"
AN/1263/2017**

Der Antrag wurde durch einen gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ersetzt.

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betreffend
"Kein Moratorium zur Bauordnung NRW"
AN/1286/2017**

Nach eingehender Diskussion wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Anlässlich des aktuellen Vorschlags des Bauministeriums NRW an den Landesgesetzgeber das Inkrafttreten der verabschiedeten Landesbauordnung (BauO NRW) um ein Jahr - bis Ende Dezember 2018 – zu verschieben, erklärt der Hauptausschuss:

Die neue Landesbauordnung beinhaltet Regularien, die für die Weiterentwicklung des Wohnungsbaus – insbesondere in wachsenden Städten wie Köln – relevante Vorteile haben. Dies betrifft u.a. verbesserte und erleichterte Bestimmungen zur Stellplatzregelung, für den Brandschutz, die Barrierefreiheit, für mehr Verbraucherschutz für private Bauherren und das Bauen mit Holz. Eine Verzögerung des Inkrafttretens der neuen BauO NRW droht zu einem Investitionshemmnis für den Wohnungsbau zu werden. Der Städtetag NRW betrachtet ein Moratorium zur aktuell in Umsetzung befindlichen geänderten Landesbauordnung ebenfalls ausgesprochen kritisch und führt dazu in seiner Erklärung aus:

„Da sich die unteren Bauaufsichtsbehörden bereits auf die umfangreichen Neuregelungen in der BauO NRW mit großem Aufwand vorbereitet haben, ist das unerwartete Verschieben des Inkrafttretens zu kritisieren ... Mit einer kommunalen Stellplatzsatzung kann Einfluss auf die Ausgestaltung von Bauvorhaben und die städtebauliche und verkehrliche Entwicklung genommen werden. Im Vergleich zu den bisher landesweit einheitlichen Regelungen ermöglicht eine kommunale Satzung, die Stellplatzanforderungen differenziert auf örtliche Gegebenheiten und Entwicklungsstrategien auszurichten.“ (Städtetag NRW, 17.08.2017)

Ein Aussetzen der Landesbauordnung führt zu erheblicher Verunsicherung der kommunalen Bauaufsichtsbehörden und der Bauinvestoren.

Der Hauptausschuss begrüßt daher ausdrücklich die Stellungnahme des Städtetages Nordrhein-Westfalen und fordert die Landesregierung auf, von einem einjährigen Moratorium für das Inkrafttreten der Landesbauordnung abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin mehrheitlich beschlossen.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke 2041/2017

Frau Beigeordnete Blome teilt mit, dass die Dringlichkeit in der Angelegenheit nicht mehr gegeben sei. Die ursprünglich vorgesehene Planung, nach der heutigen Sitzung den Zuschlag zu erteilen, sei nicht mehr aktuell, da am 01.09. ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer eingeleitet worden sei. Die Vorlage werde deshalb am 28.09.2017 in der Ratssitzung zur Entscheidung vorgelegt.

5.1.2 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government 2337/2017

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.1.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 08.10.2017 2641/2017

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass die Bezirksvertretung Innenstadt angehört wurde jedoch der Dringlichkeit nicht zugestimmt habe. Grundsätzlich sei es natürlich möglich gewesen den Rat zu erreichen, jedoch wollte man dem Antragsteller und dem Einzelhandel genügend Vorlauf und mehr Planungssicherheit geben, deshalb habe man sich für eine Dringlichkeitsentscheidung entschieden.

Frau dos Santos Herrmann erinnert daran, dass die Verwaltung gebeten wurde, zu der Frage der Sonntagsöffnungszeiten ein Konzept vorzulegen und einen Handlungsrahmen aufzuzeigen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass es sich hier um eine Einzelfallentscheidung handelt. Es sei erst dann sinnvoll ein Konzept vorzulegen, wenn die endgültigen Regelungen der Landesregierung vorliegen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2017 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6.1.1 'Daten für die Stadt' - Pilotprojekt für kommunales Open Government

Die Vorlage wurde unter TOP 5.1.2 behandelt.

**6.1.2 Aufnahme einer Grabstätte in die Liste der Gräber für verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger und Übernahme der Grabpflege durch die Stadt Köln
2325/2017**

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Aufnahme der Grabstätte von Frau Elke Mascha Blankenburg (Friedhof Melaten, Flur 044, Grabnummer 31) in die Liste der Gräber verdienstvoller Bürgerinnen und Bürger. Die Übernahme der Grabpflege und der baulichen Unterhaltung durch die Stadt Köln wird gemäß § 23 Absatz 4 der Friedhofssatzung der Stadt Köln geregelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

Herr Sterck verweist auf die letzte Sitzung des Hauptausschusses, in der zur Sicherstellung der Rettungsdienstlichen Versorgung der Stadt Köln mittels Interimsbeauftragung beschlossen wurde. Er fragt an, ob es in der Angelegenheit einen neuen Sachstand gebe.

Herr Stadtdirektor Keller sagt eine Antwort im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.